

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 24

Artikel: Grenzüberschreitende Problematik
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093219>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matić zur albanischen Frage (I)

Grenzüberschreitende Problematik

Der kürzliche Zusammenstoss zwischen albanischen Bewohnern und der mazedonischen Polizei in Skopje, der auf albanischer Seite vier Tote und unzählige Verletzte forderte, überrascht keinen Kenner der einstigen jugoslawischen Republik Mazedonien. Seit der Unabhängigkeitserklärung vor einem Jahr ist offensichtlich nicht genug für die Errichtung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen getan worden, weshalb sowohl bei den Mazedonen wie bei den Albanern (als grösste Minderheit) weiterhin die eigene nationale Identität die wichtigste Rolle spielt. Und dies wiederum führt zwangsläufig zu gewaltsamen Konfrontationen.

Auf beiden Seiten wurde der Zusammenprall sozusagen als Auftakt für eine weitere Verschärfung der Beziehungen bis hin zum Religions- und ethnischen Krieg empfunden. So erklärten albanische Abgeordnete im mazedonischen Parlament, «dass ein weiteres Zusammenleben mit den Mazedonen unmöglich» sei. Und Staatspräsident Kiro Gligorov ersuchte die Vereinten Nationen, auch nach Mazedonien Blauhelme zu entsenden, um einem Krieg vorzubeugen.

Teilung als Unruheherd

Als Mutterland protestierte Albanien offiziell bei der KSZE und forderte deren Intervention zugunsten der albanischen Minderheit in Mazedonien, das — wie es der Leiter der albanischen Delegation Zef Mazi ausdrückte — an den Albanern «antidemokratische Gewalt gegen das Streben zur Demokratie in Europa» verübe. Die Gefahr weiterer Zusammenstösse ist um so grösser, als beide ethnischen Gruppen schon seit Jahrzehnten mit ihrer Lage unzufrieden sind und Ansprüche auf nationale Emanzipation bis hin zur Errichtung eigener Staaten erheben.

Bis zum sogenannten Ersten Balkankrieg 1912 lebten sowohl die Mazedonen wie die Albaner in einem gemeinsamen Staat — dem Osmanischen Reich. Der Sieg der Koalition zwischen Serben, Bulgaren und Griechen über die Türken, ein Jahr darauf die Niederlage Bulgariens im

Krieg mit den Serben und die Aufteilung Mazedoniens (2. Balkankrieg, in dem Griechenland und Rumänien auf der Seite der Serben standen), führte zur Landteilung zwischen den Siegerstaaten und zu der heute noch bestehenden Grenzziehung. Aus Mazedonien entstanden drei Teile, die je dem seinerzeitigen Serbien (Vardarmazedonien, das heutige Mazedonien, das die internationale Anerkennung als selbständiger Staat anstrebt), Bulgarien (Pirinmazedonien) und Griechenland (Egeemazedonien) zufielen.

Diese Aufteilung wurde nach der Gründung Bundesjugoslawiens 1945, als Mazedonien den Rechtsstatus einer der sechs Teilrepubliken erhielt, zu einer ständigen Quelle von Reibereien teilweise mit Bulgarien, vor allem aber mit Griechenland. Denn immer wieder beanspruchte Skopje den Schutz über die mazedonischen Minderheiten in jenen Nachbarstaaten. Zudem machte Mazedonien kein Hehl daraus, eines Tages alle Mazedonen in einem gemeinsamen Staat wiedervereinen zu wollen, was in der Praxis hiesse, dass sich die von Mazedonen bewohnten Teile Bulgariens und Griechenlands dem «jugoslawischen» Mazedonien anschliessen sollten.

Pulverfass Albanien

So wurde eine ständige nationale Spannung geschaffen, die noch durch die Tatsache potentierte wurde, dass die Mazedonen im ersten Jugoslawien nicht einmal als eine eigene Nationalität betrachtet wurden. Eine solche erst vor knapp fünfzig Jahren erlangte Anerkennung führte nach der letztjährigen Unabhängigkeitserklärung zu folgenschwerer nationaler Intoleranz. Dies wiederum erzeugte mangels entwickelter demokratischer Institutionen ein für den Ausbruch zwischenethnischer Konflikte günstiges Klima.

Bei den Albanern sind die Gegebenheiten noch drastischer. Durch die Balkankriege wurde das Gebiet, in dem sie leben, zwischen Serbien (Kosowo und ein Teil Westmazedoniens) und Griechenland aufgeteilt, während aus dem Rest der Staat



Albanien entstand. Im ersten und zweiten Jugoslawien sowie heute sind die Albaner nur als nationale Minderheit anerkannt, womit auch hier die Unzufriedenheit, der Drang nach politischer Eigenständigkeit und das Streben nach einem gemeinsamen Staat auf fruchtbaren Boden fallen. Nebenbei bemerkt gilt dies auch für Montenegro, wo ebenfalls Albaner leben.

Um diese tiefere Ursache des Zusammenstosses in Skopje zu verbergen, versuchten die Behörden, die Schuld bei «Aussenfaktoren» zu finden. Dass unter den Verhafteten sich tatsächlich auch Albaner aus Albanien und aus dem Kosowo befanden, ermöglichte ihnen die Schlussfolgerung, dass das Ereignis vom Kosowo aus vorbereitet worden sei. Einige höhere mazedonische Beamte schrieben die Schuld aber auch der serbischen Führung zu. Dies mit der Behauptung, dass es diesen sowie den Griechen um die Destabilisierung des international noch nicht anerkannten Mazedoniens gehe.

Von Bedeutung ist jedenfalls, die Anstifter der Unruhen in Skopje auszumachen; denn sie sind möglicherweise tatsächlich in Tirana und unter den Albanern im Kosowo zu finden. Solange aber diese Aufwiegler zugleich mehrere Tausend gewaltlustig

ge und teilweise gut bewaffnete (Polizeiberichte erwähnen auch automatische Waffen) Menschen auf die Strasse bringen können, kann der Weg zu einer friedlichen Lösung nur in einem beidseitigen politischen Stimmungswechsel bestehen. Dieser Stimmungswechsel müsste sich von der intoleranten Nationalismuspolitik weg in Richtung zentrale und übernationale Politik bewegen.

Das wichtigste im Moment ist aber endlich die Einhaltung des Prinzips der Unverletzbarkeit der Grenzen, wie es die internationale Gemeinschaft schon seit langem fordert. Folglich müssten die Mazedonen sich von ihrem Traum eines Grossmazedoniens lösen und die Albaner eines Grossalbanien, das von der Adria bis in den Kosowo, nach Westmazedonien und Nordgriechenland reichen würde.

*Fortsetzung folgt
in der nächsten Nummer*